

## Gesundheitsförderung durch Lebensqualität!



In Luxemburg wird unter dem Begriff der Gesundheitspolitik nach wie vor noch zu sehr das Behandeln von Krankheiten verstanden; Prävention und Gesundheitserhaltung werden - trotz einer Reihe von Initiativen - noch nicht ausreichend thematisiert und gefördert.

Dabei tritt die Weltgesundheitsorganisation seit langem für ein weitaus umfassenderes Verständnis des Gesundheitsbegriffes ein: Es geht darum, durch die Förderung der Gesundheit die Krankheit von vornherein zu vermeiden, das Gesundheitsgefälle zwischen Bevölkerungsgruppen abzubauen, gesundheitsförderliche „Lebenswelten“ (u.a. am Arbeitsplatz, im Wohnumfeld...) zu schaffen u.a.m.

Oder anders gesagt, es geht um ein positives Gesundheitskonzept, das wie folgt definiert wird: *„Zustand des umfassenden körperlichen, seelischen und sozialen Wohlbefindens und nicht allein das Fehlen von Krankheiten und Gebrechen“*.

Die rezenten Debatten im Bereich der Gesundheitspolitik betrafen wichtige Fragen, wie eine Reorganisation des Spitalssektors oder stärkere Bezuschussung von verschiedenen Leistungen durch die Gesundheitskasse. Diese Aspekte allein erlauben es aber nicht, dem Anspruch der Weltgesundheitsorganisation gerecht zu werden.

Der heutige Schwerpunkt liegt weiterhin - neben der Tabak-, Alkohol- und Krebsproblematik, positiven Initiativen im Bewegungsbereich zur Vermeidung von Kreislauferkrankungen sowie rezent einem Aktionsplan über seltene Krankheiten - auf Früherkennung sowie Heilung von Krankheiten. So unerlässlich dies auch ist: Nicht aufgegriffen werden somit wichtige Fragen, wie u.a. die gezieltere Schaffung eines gesundheitsförderlichen Umfelds; dabei ist dies die Voraussetzung schlechthin, um gegen Fettleibigkeit, Stress

u.a.m. vorzugehen und soziale Isolation abzubauen. Stress auf der Arbeit, Burn out, Einsamkeit im Alter ...: diese Gesundheitsfaktoren spielen derzeit kaum eine Rolle. Oder aber die Frage des Lebensstils - des „guten Leben“....

Auch in umweltpolitischen Dossiers, welche direkte Auswirkungen auf die Gesundheit haben, ist das Gesundheitsministerium noch kein ausreichend starker und präsender Akteur: Förderung der Lebensqualität durch u.a. Lärm-schutz, eine konsequente Luftreinhaltepolitik, Verkehrsberuhigung, Reduktion des Pestizideinsatzes, Vorgehen gegen die Lichtverschmutzung u.a.m.

Es gilt demnach das Verständnis der Gesundheitspolitik konsequent in diesem Zusammenhang weiter zu entwickeln: Der Paradigmenwechsel muss in einer neuen Rollendefinition des Ministeriums und der gesamten Gesundheitspolitik liegen. Motto sollte sein: Ein proaktives und konsequentes Einmischen in allen gesundheitsrelevanten gesellschaftlichen Entscheidungen, Fördern des Wohlbefindens und der Lebensqualität.

Im Übrigen sei eine weitere Anmerkung erlaubt: auch unser Gesundheitssystem stößt mit dem steten Wachstum unverkennbar an seine Grenzen, sowohl auf infrastruktureller als auch was die menschlichen Ressourcen anbelangt.

## 1 Ministerium für Gesundheit, Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit schaffen

VerbraucherInnenfragen sind derzeit auf zwei Ressortministerien verteilt: das Gesundheits- bzw. Landwirtschaftsministerium, wobei der VerbraucherInnenschutz als solcher erst rezent in das letztere übertragen wurde. Diese Verzettlung der Kompetenzen für Gesundheitsfragen auf mehrere Ministerien ist nicht sinnvoll. Erforderlich wäre die **Schaffung eines Ministeriums für Gesundheit, Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit**, das zentrale Aufgaben des Gesundheits- und Verbraucherschutzes übernimmt.

## 2 Gesundheitsministerium als wesentlicher Akteur in Umwelt-, Arbeits- und sozialen Fragen - „Gutes Leben“ in den Fokus rücken

Das Ministerium muss verstärkt seine Verantwortung in zentralen gesundheitsrelevanten Fragen übernehmen, auch und gerade wenn derzeit die Entscheidungskompetenz primär in anderen sektoriellen Ministerien angesiedelt ist. Dies im Sinne der erwähnten Definition des „Gesundheitsbegriffes“ durch die Weltgesundheitsorganisation.

Gesundheitsförderung ist eine horizontale Herausforderung, die in eine ganze Reihe von Lebensbereichen hineingreift. Insofern sollte das Gesundheitsministerium immer dann, wenn sektorielle Entscheidungen von Gesundheitsrelevanz sind, zumindest eine Mitsprache (die auch nach außen getragen wird) sowie eine Mitentscheidungskompetenzen erhalten.

- **Umweltrelevante Themen erfordern die Einmischung des Gesundheitsministeriums:** Lichtverschmutzung, Luftreinhaltepolitik, Lärmschutz, Auflagen betreffend die Emissionen von Betrieben aus der Sicht des Gesundheitsschutzes (sowohl der ArbeitnehmerInnen als auch der Bevölkerung) bzw. die Immissions-Situation, Trinkwasserqualität, Reduktion der elektromagnetischen Felder u.a. in Zusammenhang mit GSM-Antennen, Hochspannungsleitungen ... sollten vom Gesundheitsministerium (mit)bearbeitet werden. Dies gilt ebenfalls für die Landwirtschaftspolitik, die derzeit in bestimmten Bereichen im Widerspruch zu gesundheitspolitischen Zielen steht. Dies vor allem, was **die Belastung durch Pestizide** angeht. Ähnlich wie in Frankreich z.B. sollte das Gesundheitsministerium eine **epidemiologische Untersuchung** der Belastung der Bevölkerung durch u.a. phytopharmazeutische Stoffe durchführen (Biomonitoring, z.B. durch Haar oder Urinanalysen) und sich aktiv in die Reduktionsstrategie der Pestizide einbringen. Die zentrale Kompetenz dazu sollte in Zukunft - statt im Landwirtschaftsministerium - im Umweltministerium angesiedelt sein, dem es obliegt das Gesundheitsministerium mit Entscheidungsbefugnissen direkt einzubeziehen.
- **Ebenso von Bedeutung ist eine verstärkte Einmischung in sozialpolitische Fragestellungen:** Druck und Stress auf der Arbeit / Burnout, Gestaltung der Arbeitszeitverkürzung u.a. sollten wesentliche Themen sein, in denen das Gesundheitsministerium - gemeinsam mit den direkt zuständigen Akteuren - seine Stimme erhebt, im Sinne des Wohlbefindens der Menschen und des vorsorgenden Gesundheitsschutzes.
- **Das Vermeiden von Prekarisierung von Menschen sollte verstärkt in den Fokus gerückt werden:** Es gilt spezifische Präventionsprogramme, besonders auch für sozioökonomisch benachteiligte Gruppen, zu entwickeln und den, durch eine ungesunde Lebensweise bedingten, Krankheiten entgegenzuwirken. In Luxemburg - genau wie im Ausland - haben Kinder aus sozial benachteiligten Familien einen ungesunden Lebensstil und sind z.B. häufiger übergewichtig. Auch hier drängen sich gezieltere Strategien auf.

Dabei sollte das Ministerium sehr bewußt „Lifestyle“-Fragen aufgreifen: Der öffentliche Dialog über die Gesundheit darf auch vor Lebensstilfragen nicht halt machen. Als Diskussionsanstoß können folgende Ziele - am Beispiel der Ernährung als zentraler Belang der "santé publique" - dienen: Verringerung des Fleischkonsums - höherer Stellenwert regionaler bzw. saisonaler Lebensmittel - Bevorzugung von Nahrungsmitteln aus ökologischem Anbau. Das Gesundheitsministerium könnte, gemeinsam mit Akteuren wie den Gesundheitskassen, Ärztevereinigungen, Gewerkschaften usw. hier eine proaktive(re) Rolle übernehmen.

## 3 Die Rolle der Gesundheitskasse(n) als Akteure der Gesundheitsvorsorge ausweiten - Weiterbildung der Ärzteschaft gewährleisten

Die Namensänderung von Krankenkassen in Gesundheitskassen hat leider bis dato nur sehr begrenzt zu einer Ausweitung ihres Arbeitsfeldes geführt. Insofern ist es unumgänglich, dass sie dem Anspruch einer „Gesundheitskassen“ verstärkt auch in der Realität gerecht werden und von Regierungsseite darauf hin gewirkt wird. Dieser Ausbau von Verantwortlichkeiten kann ggf. eine Abänderung von deren Statuten erfordern.

Gesundheitskassen und Ärzte sind zentrale Akteure eines präventiven Gesundheitsschutzes; um dieser Herausforderung gerecht zu werden, drängen sich Reformen in den Strukturen und Rahmenbedingungen auf.

- **Die Sicherstellung von zielgruppenorientierten (statt eher diffuseren) Sensibilisierungskampagnen sollte in Zukunft ein primäres Ziel der Gesundheitskassen sein,** von der Bewegungs- bis zur Ernährungsberatung. Für Ärzte würde eine derartige Übernahme von Verantwortung durch die Gesundheitskassen und andere Gesundheitsberufen zudem eine wichtige Hilfestellung und Entlastung bei der Beratung der Patienten darstellen.
- **Kostenrückerstattungen für vorbeugende Maßnahmen ausbauen:** Die Vermeidung der Krankheitsursachen bietet - neben anderen - auch wirtschaftliche Vorteile. Die Förderung eines gesunden Lebensstiles kann ohne Zweifel noch verstärkt werden. Folgende Rückerstattungen / Initiativen seitens der Gesundheitskassen wären sinnvoll:
  - Beratungsleistungen von Gesundheitspersonal stärker honorieren: Die Beratungsleistung sollte weitaus stärker honoriert werden, auch sogenannte „consultations de prévention“. Dadurch könnten ebenfalls Gelder für Medikamente eingespart werden, mittelfristig werden durch die Vermittlung von Kenntnissen auf dem Gebiet der Vorbeugung weitere Kosten eingespart.
  - Gesundheitsfördernde Maßnahmen honorieren: Es ist geradezu widersinnig, dass erhebliche Gelder in die Heilung von Krankheiten investiert werden und nicht verstärkt in die Vorbeugung. Auch wenn die Frage komplex ist, welche Leistungen hierunter fallen oder nicht: dies darf nicht dazu führen, dass diese Leistungen wie bisher schlichtweg kaum zurückerstattet werden. Eine Arbeitsgruppe bestehend aus Akteuren der Gesundheitsbranche, BürgerInnen und Ärzten sollte umgehend mit der Erstellung von Vorschlägen befasst werden.
  - Umweltmedizinische Maßnahmen sind weitaus stärker als bisher zu unterstützen (z.B. weitergehendere Schadstoffanalysen).
- **Systematische Weiterbildung der Ärzte:** Grundsätzlich sollte die Weiterbildung der Ärzte staatlicherseits (und nicht nur durch die Pharmafirmen) stärker gefordert und dann gefördert werden, dies auch im umweltmedizinischen Bereich.

#### 4 Der Idee „Gesundheitsfördernde Städte und Dörfer“ zum Durchbruch verhelfen

Unsere Lebensumwelt beeinflusst unser Wohlbefinden auf erhebliche Art und Weise. Frische Luft, gut erreichbare Naherholungsgebiete, attraktive Wohnräume mit u.a. wenig Lärmbelastung, Grünräume innerhalb der Ortschaften... wirken sich positiv auf die menschliche Gesundheit aus. Ziel muss deshalb das Schaffen „gesundheitsfördernder Lebenswelten und Gemeinden“ sein.

- **Gesundheitsfördernde Lebenswelten in den Gemeinden:** Das Gesundheitsministerium sollte mit weiteren betroffenen Ministerien sowie gesellschaftlichen Akteuren - UrbanistInnen, ArchitektInnen, Umweltfachleuten, GemeindevertreterInnen u.a. - untersuchen, inwiefern Anstrengungen im Sinne der gesundheitsfördernden Lebenswelten verstärkt im Rahmen der diversen staatlichen und kommunalen Planungen einfließen können (Gestaltung von Stadtvierteln, Schaffung sozialer Räume in neuen Siedlungen, Spielplätze, Grünräume usw.). Ziel sollte sein, sowohl ggf. den Reformbedarf an bestehenden Gesetzen zu erkennen, als auch konkrete Empfehlungen z.B. für Gemeinden, Ingenieurbüros auszusprechen. Dies ist umso wichtiger, als der aktuelle Bevölkerungsdruck einen zusätzlichen Siedlungsbau nach sich zieht, der nicht immer urbanistischen Qualitätsansprüchen genügt.
- **Proaktive Beratung auf städtischer / regionaler Ebene gewährleisten:** In diversen Bereichen wird der Beratungsbedarf vor Ort erkannt, z.B. in der Energieberatung. In enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden einer Region sollte auch die Gesundheitsberatung in dezentralen, regionalen Strukturen - u.a. zielgruppenorientiert - ausgeweitet werden. Dies reicht von Beratung zur „Stressbelastung“ über die Bewegungs- bis zur Ernährungsberatung.
- **Empowerment gewährleisten - BürgerInnen in ihrem Engagement stärken:** Die moderne Gesundheitsförderung setzt auf Partizipation, auf Befähigung der BürgerInnen sich für eine gesunde Lebenswelt einzusetzen. Solche Initiativen, die BürgerInnen als aktive Akteure anerkennen, sind in Luxemburg noch unterentwickelt. Eine Liste möglicher Handlungsfelder sollte erstellt werden, in denen interessierte BürgerInnen, lokale Vereinigungen, ggf. in Zusammenarbeit mit der öffentlichen Hand bzw. Gesundheitsexperten, aktiv werden können (z.B. Kurse zur gesunden Ernährung, Gruppen zur Aufwertung der Ortschaft im Sinne „gesundheitsfördernder Lebenswelten, Präsentation von Best Practice-Beispielen von bereits bestehenden zivilgesellschaftlichen Initiativen, wie etwa Gemeinschaftsgärten, Zusammenschlüsse zu Solidarischer Landwirtschaft usw.).

Das Internetportal „portail santé“ ist entsprechend zu erweitern und sollte durch fachliche Information u.a. dazu beitragen, BürgerInnen zu ermutigen, sich für eine Verbesserung der Lebensqualität aus Gesundheitssicht einzusetzen.

#### 5 Konsequenzen Ausbau der umweltmedizinischen Dienste im Gesundheitsministerium angehen

Erforderlich ist:

- eine **Analyse der strukturellen und organisatorischen Schwächen der umweltmedizinischen Dienste** im Gesundheitsministerium in Zusammenhang mit den diesbezüglichen Anfragen bzw. Beschwerden;
- die **Neuregelung der Kompetenzen und Befugnisse:** u.a. müssten die Interventionsmöglichkeiten bei der Feststellung

von Belastungen durch Schadstoffe in öffentlichen oder privaten Gebäuden besser geregelt werden. Messen ist ja gut und schön... aber die Beseitigung der Ursachen ist ebenso von zentraler Bedeutung. Dem Staat obliegt die Verantwortung dafür, dass die jeweilige Situation verbessert wird. Dazu gehört ebenfalls, dass in bestimmten Fällen eine staatliche Unterstützung bei der Sanierung gewährleistet werden soll. Ebenso müssten Mechanismen eingeführt werden, damit die umweltschädlichen Produkte vom Markt verschwinden bzw. die Konsumenten verstärkt in diesem Bereich aufgeklärt werden.

Leistungen im Bereich der **umweltmedizinischen Diagnostik und Therapieleistungen** durch qualifizierte Ärzte sollten von den Gesundheitskassen übernommen werden.

#### 6 Gesundheitsförderung durch eine gute Ernährung in öffentlichen Institutionen

In öffentlichen Kantinen hat sich sicherlich etwas getan, was die Qualität der Lebensmittelzubereitung betrifft. Und doch: sehr vieles bleibt zu tun, im Besonderen, was das Nahrungsangebot in öffentlichen Strukturen, wie z.B. so manchen Krankenhäusern oder in Institutionen der Altenpflege, anbelangt.

Hier müsste eine ausgewogenere Ernährung mit Qualitätsprodukten gewährleistet werden, auch wenn diese ggf. mit Mehrausgaben verbunden ist. In Schulkantinen, bei „repas sur roues“, in Altersheimen, Kliniken usw.... müssten - um ihrer Vorbildfunktion gerecht zu werden - die Prinzipien einer gesunden und umweltbewussten Ernährung stärker in den Vordergrund gestellt werden: z.B. durch die Verringerung des Fleischkonsums, Bevorzugung von Lebensmitteln aus biologischem Anbau, Bevorzugung regionaler und saisonaler Lebensmittel... Positive Initiativen, wie z.B. „*Gesond lessen, méi beweegen*“ sind weiter zu führen.

Seitens des Ministeriums sollten z.B. - in enger Zusammenarbeit mit dem Familien- und Erziehungsministerium - **Lastenheft-Modelle für die Ernährung in Kinderbetreuungsstätten** (maisons-relais) und Schulen erstellt werden. Entsprechende **Initiativen** (z.B. „Natur genéissen“ des interkommunalen Syndikates SICONA) sollten **unterstützt und verbreitet** werden.

#### 7 Verantwortung der öffentlichen Hand für eine gesundheits- und umweltschonende Beschaffung

Im Sinne eines vorsorgenden Gesundheitsschutzes müsste der Staat - auf der Grundlage des nunmehr verabschiedeten Gesetzes - eine **konsequenteren Beschaffungspolitik durchführen und modellhafte Lastenhefte für öffentliche Ausschreibungen nach umwelt- und gesundheitsbewußten Kriterien** vorlegen.

Der Staat kann somit, abgesehen von einem aktiven Beitrag zum Gesundheitsschutz, den Markt von gesundheitschonenderen Produkten fördern sowie eine wichtige Vorreiterrolle übernehmen.

#### 8 Rückerstattung von bestimmten Leistungen - „Alternative“ Medizinformen zulassen

Es besteht eine steigende Nachfrage nach anderen Heilungsmethoden als der klassischen Medizin. Somit ist ein Regulierungsbedarf gegeben, da nur eine offizielle Anerkennung ausgebildeter Fachleute Scharlatanerie verhindern kann.

Das Gesundheitsministerium sollte die **Öffentlichkeit** darüber **aufklären**, welche alternativen Medizinformen bedenklich oder gar

schädlich sein können, ÄrztInnen mit nachgewiesener fachlicher Ausbildung oder fachlich gründlich ausgebildete PraktikerInnen mit **nachweisbarer Qualifikation** in den Bereichen Osteopathie, Akupunktur oder Chiropraktik... sind durch die Gesundheitskasse anzuerkennen. Ebenso sollte bei „alternativen“ Medikamenten - mit nachweisbarer Wirkung - das gleiche Rückerstattungssystem wie für klassische Medikamente angewandt werden. Zur Überwachung muss eine unabhängige Kontrollkommission geschaffen werden.

Generell sollte auch endlich geregelt werden, **welche Therapieförmen zurückerstattet** werden. Die derzeitige Begrenzung auf Psychiater ist als unzufriedenstellend anzusehen. Diese Fragestellung muss endlich offen angegangen werden.

Dabei sollten grundsätzlich auch **Beratungsangebote**, wie z.B. von ErnährungsberaterInnen oder Hebammen außerhalb von Spitälern (deren Arbeit derzeit nicht oder nicht ausreichend rückerstattet wird), verstärkt von den Gesundheitskassen übernommen werden.

## 9 Anpassung der medizinischen Versorgung an die demografische Entwicklung

Viele PatientInnen müssen derzeit mit langen Wartezeiten rechnen, dies besonders in der Notdientaufnahme unserer Krankenhäuser, in Maisons médicales, bei verschiedenen Spezialisten... Auch für die nicht invasive IRM oder Magnetresonanztomographie, die bei vielen Verletzungen und Erkrankungen besonders sinnvoll ist, müssen die PatientInnen häufig drei Monate warten, bis sie untersucht werden.

Es wäre also dringend geboten, **mehr Arbeitsplätze in unseren Krankenhäusern und Pflegehäusern zu schaffen, mehr Untersuchungsinstrumente zu kaufen**, dies um der wachsenden Bevölkerungszahl Rechnung zu tragen.

## 10 Datenerfassung im Gesundheitsbereich ausbauen

Nach wie vor ist die Datenerfassung im Gesundheitsbereich in Luxemburg äußerst mangelhaft. Wohl werden Grippefälle von Ärzten gemeldet, nicht aber jene Gesundheitsschäden, die mit Umweltbelastungen verbunden sein könnten. Nicht erfasst werden z.B. Krankheitsbilder während Phasen mit hohen Ozon- oder Partikelbelastungen. Erforderlich wäre eine weitaus systematischere Datenerfassung, welche auch diese Aspekte begreift.

In der Konsequenz müsste für Luxemburg ebenfalls ein **Immissionskataster** erstellt werden, das **Biomonitoring** (Schadstoffüberwachung u.a. mittels Indikatoren) systematisch ausgebaut sowie das **Effect-Monitoring** (Impakt auf den menschlichen Körper, Zunahme von Atemproblemen oder Kreislaufproblemen bei Sommersmog) eingeführt werden, damit bei Belastungen reagiert werden kann.

## 11 Der Lebensmittel-Kennzeichnung eine stärkere Bedeutung aus Gesundheitssicht beimessen!

Das Landwirtschaftsministerium hat in der laufenden Legislaturperiode an einer Qualitätsauszeichnung von Luxemburger Produkten gearbeitet und einen entsprechenden Gesetzesvorschlag vorgelegt. Aus Sicht des Gesundheitsschutzes ist dieser Entwurf jedoch stark verbesserungswürdig.

Dabei fordern mehr und mehr Menschen eine weitaus bessere Lebensmittelkennzeichnung ein. Auch z.B. betreffend Fleisch und andere tierische Lebensmittel sowie die Bedingungen der Tierhaltung. Neben Tierschutzaspekten spielt auch hier der Einsatz von Antibiotika und die damit verbundenen Resistenzen eine wichtige Rolle aus Gesundheitssicht.

Warum sich nicht am französischen **Programm „Nutri-Score“** inspirieren bzw. anschließen und ein derartiges System, das wie folgt definiert ist, konsequent auf EU-Ebene vertreten: „*Obligatoire sur tous les aliments préemballés, le tableau des valeurs nutritionnelles est bien souvent difficile à décrypter pour les consommateurs. (...) Pour en faciliter la compréhension, le règlement européen autorise l'apposition d'une information nutritionnelle complémentaire sur les emballages. Dans le cadre de la loi de Santé de 2016, le gouvernement français a recommandé la mise en place d'une information nutritionnelle claire, visible, et facile à comprendre pour tous. L'objectif : améliorer l'information nutritionnelle figurant sur les produits et ainsi aider les consommateurs à acheter des aliments de meilleure qualité nutritionnelle.*“

## 12 Besteuerung von gesundheitsschädigenden Produkten ins Auge fassen!

Erwiesenermaßen haben Verbrauchersteuern bzw. -abgaben einen Einfluss auf das Verhalten der Menschen. Eine Abgabe (taxe) auf bestimmten Produkten kann somit ein wesentlicher Beitrag sein, um das Essverhalten der Menschen zu beeinflussen und ein deutliches Signal zu setzen.

So wie der Mouvement Ecologique generell für eine nachhaltige Steuerreform eintritt, so setzen wir uns ebenfalls dafür ein, dass über **Steuern im Lebensmittelsektor** nachgedacht wird, z.B. eine Zuckersteuer oder eine Besteuerung des Fleischkonsums.

## 13 Hormonelle Schadstoffe stärker regulieren und Nanotechnologie besser kontrollieren

Analog, wie die deutscher Schwesterorganisation BUND, tritt der Mouvement Ecologique dafür ein, dass die Regierung weitaus stärker aktiv wird, um die **Belastung von Mensch und Umwelt durch hormonelle Schadstoffe zu reduzieren** (dies entspricht im übrigen auch den Zielen des EU-Umweltaktionsprogramms 2020) sowie die Nanotechnologie besser zu regeln und zu kontrollieren.

Zitiert sei deshalb aus den Wahlforderungen des BUND:

„*Der BUND fordert nationale Schutzmaßnahmen, die u. a. im Rahmen eines ressortübergreifenden Regierungsprogramm es „Umwelt und Gesundheit“ erlassen werden sollten. Die Bundesregierung sollte im ersten Schritt ein EU-weites Verbot des prominentesten Vertreters Bisphenol A in Lebensmittelkontaktmaterialien unterstützen und sich gegen die weitere Zulassung von besonders besorgniserregenden hormonellen Schadstoffen, wie den Phthalat-Weichmachern DEHP, DBP, BBP und DIBP, in verbrauchernahen Produkten einsetzen. (...). Das auf dem Vorsorgeprinzip basierende EU-Chemikalienrecht muss effektiver umgesetzt werden. (...)*

1. *Das Vorsorgeprinzip der EU muss unter anderem durch nationale Regelungen in Bezug auf hormonelle Schadstoffe in verbrauchernahen Produkten umgesetzt werden (Regierungsprogramm „Umwelt und Gesundheit“). Der Koalitionsvertrag muss beinhalten, dass (...) das in Frankreich geltende Verbot von Bisphenol A in Lebensmittelverpackungen auf die gesamte EU ausgeweitet wird.*
2. *Der Koalitionsvertrag muss beinhalten, dass (...) nach dem Vorbild Frankreichs und Belgien nach der Wahl eine nationale Registrierungspflicht für Nanomaterialien und ein öffentliches Nanoproduktregister beschließen und einen Zeitplan vorstellen, bis wann das Nanoproduktregister eingeführt wird.“*